

Bezugspreis:

Quartalspreis 9.- Mk., monatlich 3.- Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 4.- Mk., erst nach Rechnungsablauf. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., beidseitig einmal Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Filialamt, Holzhof, Langenbrunn, Schwaben u. die Schweiz, Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompartimentsbreite ist 120 Mill. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pfg. (zwei Spalten 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 20 Pfg. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 120 Mill. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 19. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Ablehnende Haltung des Kabinetts.

Noch keine endgültige Entscheidung.

Weimar, 19. Juni. (W. L. B.) Das Kabinett hat sich gestern in Gemeinsamkeit mit den Mitgliedern der Friedensdelegation in vielstündiger Generaldebatte mit den Gegenvorschlägen der Entente beschäftigt. Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit der Ergänzung der Mantelnote durch das inzwischen eingetroffene Memorandum nicht geändert, sie steht auch ihm gegenüber auf dem Standpunkte: unerfüllbar und unerträglich. Die endgültige Stellungnahme wird heute nach Besprechung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und den einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

Die vorstehende Meldung bedeutet einen Stimmungsbericht, aber keine Entscheidung. Das Kabinett erklärt, daß es seine ablehnende Haltung nicht geändert habe, formuliert diese aber nur mit den Worten „unerfüllbar und unerträglich“, während das schwerwiegende Wort „unannehmbar“ nicht ausgesprochen wird.

Mit dieser Formulierung wird die unleugbar vorhandene Krise aber nur verschoben, nicht gelöst. Die Diktion „unerfüllbar und unerträglich“ war solange gut und möglich, als sich die Friedensfrage im Stadium der Verhandlungen befand, und wir hätten gewünscht, daß sich die Reichsregierung von dieser im ersten Augenblick glücklicherweise gewählten Formel nicht schon nach wenigen Tagen auf ein klares Unannehmbar hätte abdrängen lassen.

Aber nun, wo wir vor dem genau befristeten Ultimatum der Entente stehen, kann diese Redewendung nicht mehr ausreichen, jetzt hilft nur ein klares Ja oder Nein. Dieses ist noch nicht gefallen; die Redewendung „unerfüllbar und unerträglich“ bedeutet ein klares Nein nicht, denn auch die Befürworter der Annahme sind der Ansicht, daß die Friedensbedingungen (auch in ihrer abgeänderten Form) unerfüllbar und unerträglich sind.

Daß das Kabinett keine endgültige Entscheidung von einer Besprechung mit den Fraktionen abhängig machen will, ist der beste Beweis dafür, daß die Stimmung der Parteien keineswegs einheitlich ist. Absolut klar ist nur die Stellung der Oppositionsgruppen auf der äußersten Rechten und äußersten Linken, die sehr leicht ihr entschiedenes „Nein“ fixieren können, da sie die Verantwortung nicht tragen.

Die Parteien des Regierungsblocks aber stehen ganz offensichtlich nicht mehr bei dem festen Nein, das im Mi von ihnen ausgesprochen wurde. Es erblicken darin keinen Unfall, sondern würden es durchaus verständlich und richtig finden, wenn eine Anzahl Abgeordnete zunächst versucht haben, unsere Unterhändler in Versailles mit allen Mitteln das Rückgrat zu stärken, wenn sie auch innerlich überzeugt waren, daß man um eine schließliche Unterzeichnung nicht herumkommen würde. Ein hiesiges Mittagsblatt glaubt bereits bestimmte Zahlen geben zu können, wonach bei den Mehrheitssozialisten 90 Proz., beim Zentrum 75 Proz., bei den Demofreien 30 Proz., bei den Unabhängigen 100 Proz. für Unterschriften wäre, womit eine Mehrheit in der Nationalversammlung für die Annahme des Friedensvertrages gesichert sein soll. Wir halten diese Zahlen mit Ausnahme der auf die Unabhängigen bezüglichen, für eine unbewiesene Kombination, ebenso ist unseres Erachtens die Meldung des gleichen Blattes, wonach im Ministerium gegen Annahme Scheidemann, Landsberg, Sieberts, Dernburg, Graf Brockdorff, Brecht, Gothein, David, für Annahme Erberger, Noske, Wissell, Robert Schmidt, Bauer, Bell sein sollen, nur mit gewissen Vorbehalten aufzunehmen.

Zu leugnen ist jedenfalls nicht, daß wir uns in einer schweren Krise befinden, die sich in aller kürzester Zeit entscheiden muß. Trotzdem sehen wir keinen Anlaß, sei es innerhalb, sei es außerhalb der Partei, die Gegenläufe auf die Spitze zu treiben. Denn in einem Punkte sind sich schließlich alle Teile einig: daß, wie die Entscheidung auch ausfällt, der Kampf gegen diesen Gewaltfrieden mit allen Mitteln fortzusetzen ist. Trotz der ungeheuren sachlichen Bedeutung der Entscheidung handelt es sich doch nur um die taktische Frage, ob die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung als das bessere Kampfmittel zu gelten hat. Denn darüber seien wir uns klar: Auch Unterzeichnung bedeutet Kampf, Kampf mit allen Waffen des Geistes und des Rechts, Kampf bis zur Entscheidung darüber, ob Sozialismus oder Imperialismus in der Welt herrschen soll.

Die Stellungnahme der preussischen Landesfraktion.

Für Unterzeichnung.

Am heutigen Vormittag hielt die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung eine Fraktionsbesprechung ab, in der die Frage der Friedensunterzeichnung besprochen wurde. Obwohl formelle Beschlüsse nicht gefaßt wurden, ließ sich die Stimmung doch dahin feststellen, daß der überwiegende Teil der Fraktion (nach dem Verhältnis der Redner, etwa 1:3) der Ansicht war, daß eine Unterzeichnung des Vertrages schließlich sich nicht würde umgehen lassen.

Das größte Bedenken gegen die Unterzeichnung erweckte auch bei deren Anhängern das Schicksal der Ostprovinzen. Allgemein war die Ansicht, daß vor der Unterzeichnung noch ein äußerster Versuch gemacht werden müsse, wenigstens für Westpreußen die Volksabstimmung wie für Oberschlesien zu retten.

Die deutsche Volkspartei lehnt ab. Wie die nationalliberale Korrespondenz mitteilt, hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Uebereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzulehnen.

Kriegsvorbereitungen der Entente.

Englische Maßnahmen.

London, 18. Juni. Reuter erzählt: Das Riesenschiff E K 34 hat voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinengewehren den Pirih of Pirih verlassen, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte hat für den Fall, daß Deutschland sich weigert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten. Sämtlicher Urlaub wurde aufgehoben.

Der geplante Vormarsch.

Genf, 19. Juni. Wie aus Paris berichtet wird, hat Marshall Foch unmittelbar nach Ueberreichung der Antwort der Alliierten mit dem Rat der Vier eine Konferenz über die Durchführung des Vormarsches nach Deutschland beraten, falls die Unterschrift unter den Vertrag nicht erfolgen soll. Danach werden Engländer und Amerikaner Essen und Umgebung besetzen, während die Franzosen über Nebl und Mainz vorrücken sollen.

Die alliierte Fernleitung hat außerordentliche Maßnahmen getroffen und große Massen an Artillerie, Tanks und Kavallerie für den Vormarsch bereitgestellt. Ebenso sind alle Vorkontrollen getroffen, um den Rhein auf Schiffbrücken zu überschreiten. Durch eine großzügige Aufklärung, die Flieger seit längerer Zeit unternommen haben, sind die Alliierten im Besitz genauer Photographien der deutschen Verteidigungsanlagen.

Der Vormarsch der Truppen wird am Dienstagmorgen vor sich gehen, falls die Unterschrift nicht bis Montag abends 7 Uhr erfolgt.

Stürmische Kammer Sitzung in Paris.

Verdächtigung der Sozialisten — Vertrauensvotum für die Regierung.

Verailles, 18. Juni. In der Kammer Sitzung rief Brode Pichon zu: Es handelt sich hier nicht um Bolschewismus, sondern darum, ob wir mit Russland im Kriege sind. Warum kämpfen wir gegen die rote Armee, selbst wenn sie von deutschen Offizieren befehligt ist? Sind wir denn nicht im Begriff, Frieden mit Deutschland zu schließen, Pichon erwiderte, der Friede sei noch nicht geschlossen, und die Anwesenheit Deutscher an der Spitze der russischen roten Heere sei eine Verletzung des Waffenstillstandes. Immer wieder mache man Deutschland diesbezüglich Vorhaltungen. Mehrere andere Redner griffen die Politik der französischen Regierung in Russland an. Plötzlich erhob der Royalist Delahaye die Anschuldigung gegen die sozialistische Partei, sie habe von Deutschland 80 Millionen Fr. erhalten, um die gegenwärtigen großen Streiks zu organisieren. Es sei ungedreht, daß die französische Regierung, welche Beweise für diese Geldlieferung Deutschlands habe, die Führer der sozialistischen Partei in Freiheit lasse. Gachin verlangt angesichts dieser Verleumdung eine Erklärung Pichons. Nach einigem Zögern erklärte dann auch Pichon, er bedaure, daß Delahaye eine solche Äußerung getan habe, für welche er keinerlei Anhaltspunkte haben könne, die französische Regierung bestreite nicht die geringsten Beweise dafür. Schließlich wurde mit 249 Stimmen für und 187 dagegen bei 50 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Kammer der Regierung ihr Vertrauen ausdrückt.

Milderung der Blockade?

Handelsfreiheit für die einzelnen Ententemächten.

Paris, 18. Juni. (Reuter.) Der oberste Wirtschaftsrat beschloß, daß jede Verbandsmacht selbst entscheiden soll, ob sie ihren Unterthanen gestatten will, private Handelsbeziehungen mit Deutschland im Rahmen der Blockade anzuknüpfen.

Der Beschluß bedeutet ein Zugeständnis an Amerika, das einer wirtschaftlichen Hilfeleistung für Deutschland nicht abgeneigt ist. Ob er zur Tat wird, das hängt natürlich in erster Linie davon ab, ob Deutschland sich für den Frieden entscheidet oder nicht.

Kapitalabwanderung unter dem Schutz der Entente.

Dortem unter dem Schutz der Franzosen.

Berlin, 18. Juni. (W. L. B.) Aus dem linksrheinischen Gebiet und den anschließenden Gegenden rechts vom Rhein wird in der letzten Zeit eine sich immer verstärkende Kapitalabwanderung nach Frankreich gemeldet. Man zählt 200 bis 250 M. für 100 Franc, um französisches Geld in die Hände zu bekommen. Die linksrheinischen Behörden sind bei dem Versuch, einzuschreiten, auf den Widerstand der Besatzungsbehörden gestoßen, die diese Vorgänge mit allen Mitteln unterdrücken.

Dortem wird von den französischen Behörden gegen den deutschen Verhaftungsbefehl geschützt. Er ist ständig von mehreren französischen Offizieren und Soldaten umgeben.

Die Kommunisten in Deutschösterreich.

Bedrohender Putz an der ungarischen Grenze.

Wien, 19. Juni. (S. N.) Wie das Acht-Uhr-Blatt meldet, arbeiten die Kommunisten mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln mit Hochdruck weiter. Das kommunistische Volksmehrheitbataillon Nr. 41 hat sich nunmehr fast vollständig in den Propagandabüro der Bewegung gestellt und arbeitet auch eifrig an der Beschaffung der zur Ausführung ihrer Absichten notwendigen geldlichen Mittel. Die kommunistischen Flugblätter werden ganz ungeschont unter dem Schutz bewaffneter uniformierter Kommunisten hergestellt und dann in Automobilen, die mit Bewaffneten besetzt werden, fortgeschafft und verteilt. Die Kommunisten haben ihren Hauptstich in der Adlerstraße, das Gebäude wurde gestern in Verteidigungszustand gesetzt und im Hofe und einem anderen die Straße beherrschenden Punkte je ein Maschinengewehr untergebracht.

Wien, 19. Juni. (Korrespondenz.) Die Kommunisten in Ungarn beabsichtigen für morgen einen Putzversuch in Deutschösterreich. Die Staatspolizei traf sofort Gegenmaßnahmen. Im Einvernehmen mit der hiesigen Staatspolizei haben auch die Grazer Behörden an der steirisch-ungarischen Grenze nächst Fürstfeld Truppen gesammelt.

Das Eisenbahndirektionsgebäude Erfurt besetzt.

Belagerungszustand über Erfurt.

Nachdem die Reichsregierung in einem Aufruf an die Erfurter Arbeiter aufgefordert hatte, sich nicht durch die Redensarten weniger Drahtzieher provozieren zu lassen, sondern in der Stunde der höchsten Gefährdung zum Reiche zu stehen, wurde am Donnerstagabend das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt durch Truppen des Landjägerskorps unter General Koerder auf Befehl der Reichsregierung besetzt, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt ihre „willkürliche Demokratisierung“ durchführten sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Deputierten absetzten. Die Truppen waren beauftragt, die alten Beamten wieder einzusetzen. Heute fanden Verhandlungen mit den Beamten und Arbeiterverbänden statt. Man beschloß, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. General Koerder will ebenfalls bei der Regierung vorstellig werden und forderte die Versammlung auf, das Ergebnis seiner Unterhandlungen mit der Regierung abzuwarten. Im Laufe des Nachmittags nahm die Menge eine feindliche Haltung gegen die Posten der Regierungstruppen ein, die Schredschüsse abgaben. Heute abend wurde der Belagerungszustand herabgelassen.

Erklärung.

Der Artikel „Vollstimmung“ in Nummer 307 des „Vorwärts“ veranlaßt mich, öffentlich festzustellen, daß ich mit den dort zum Ausdruck gebrachten Auffassungen nicht übereinstimme. Ich halte die Unterzeichnung des Friedensvertrages für eine moralische Katastrophe, die, wie ich fürchte, noch viel schlimmere Folgen haben wird als die Nichtunterzeichnung. Die Folgen der Nichtunterzeichnung werden in jenem Artikel noch meiner Überzeugung zu schwarz ausgemalt. Ich glaube bestimmt, daß wir den letzten Gang, der mit diplomatischen Mitteln aufzufinden ist, ehrenvoll zum Nutzen unseres Volkes bestehen können, wenn unser Volk nur die dazu nötige moralische Widerstandskraft aufbringt.

Der „Vorwärts“ hätte keinen Augenblick vergessen dürfen, daß die großen Entscheidungen der Weltgeschichte ohne Mut nicht ausgeführt werden können. Er hätte nie aufhören dürfen, den deutschen Arbeitern diesen Mut zu predigen.

Zu dieser öffentlichen Verwahrung sehe ich mich genötigt, da die Veröffentlichung des Artikels „Vollstimmung“ ohne Nennung des Verfassers einer innerhalb der Redaktion getroffenen Vereinbarung widerspricht.

Weimar, den 19. Juni 1919. Friedrich Stampfer.

Zu der Erklärung des Genossen Stampfer ist folgendes zu bemerken: Der Artikel „Vollstimmung“ ist ein ausgesprochener Redaktionsartikel, sein Inhalt entspricht der Ansicht der gesamten übrigen politischen Redaktion (Vorh., Kutner, Gaternus, Pflüger, Dr. Reiser), mit Ausnahme des Genossen Stampfer. Die Gedankengänge sind auf einer Redaktionskonferenz festgelegt, der Vorlaut ist vor der Drucklegung von sämtlichen beteiligten Kollegen gebilligt worden, so daß die Nennung eines individuellen Uebersetzers aus tatsächlichen Gründen nicht möglich war.

Die politische Redaktion hat in den vergangenen Wochen mit der größten Selbstverleugung ihre Ansicht zurückgehalten, um bei den Unterhandlungen auf keinen Fall die Position unserer Unterhändler zu schwächen. Diese Zurückhaltung wurde ihr um so schwerer gemacht, als Kollege Stampfer — unter seinem Namen — die Prose der Nichtunterzeichnung mit aller Schärfe verurteilt, die den Widerspruch des Andersdenkenden geradezu herausforderte. Nachdem jetzt durch das Ultimatum der Entente die Situation verändert ist, erlösen sich im Augenblick der letzten Entscheidung ein längeres Schweigen nicht möglich. Wir konnten uns so weniger schweigen, als Genosse Stampfer entgegen der an uns gegebenen Direktive, die Haltung des Blattes möglichst vor der Entscheidung nicht festzusetzen, selber wiederum sofort nach dem Bekanntwerden der Ententennote in schärfster Weise die Nichtunterzeichnung propagiert hat.

Auf das sachliche Für und Wider einzugehen, halten wir im Rahmen dieser Erklärung nicht für möglich. Nur nehmen wir das eine für uns in Anspruch, daß unsere Stellungnahme keineswegs einem Mangel an Mut und Entschlossenheit, sondern schwerwiegenden sachlichen Gründen entspringt.

J. A. Erich Kutner.

Die Ausschreitungen gegen die deutsche Friedensdelegation.

Versailles, 18. Juni. Die sozialistischen Abendblätter äußern unverbohlen ihre Empörung über die Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegation. „Populaire“ besichtigt die Royalisten, die Zwischenfälle angeht, zu haben. Frankreich sei empört darüber, daß das Gebot der Gastfreundschaft, der Achtung vor dem unglücklichen Gegner von gewerkschaftlichen „Partisanen“ mit Füßen getreten werde.

Diese scharfen Äußerungen der sozialistischen Presse gegen die Geißelblätter sind tatsächlich begründet. „Liberté“ sagt, die Einwohner Versailles würden sich nicht so benommen haben, wenn sie nicht durch die Haltung der Deutschen in Versailles und durch die Berichte deutscher Blätter aufgebracht worden wären. Die deutschen Delegierten hätten sich durch unverschämte Haltung, durch unangebrachte Spaziergänge, durch Mißachtung

der Polizeivorschriften mißlieblich gemacht, und ganz sicher wäre auch am letzten Montag die Bevölkerung nicht aus der Straße gedrängt worden, wenn die Herren und Damen des Kanzleipersonals, welche in den ersten Automobilen das Hotel des Reservoirs verließen, nicht durch ihr unanständiges Benehmen („Liberté“ spricht von Zunge-herausstrecken, Lange-Kasse-machen), die Wut der Bevölkerung aufs höchste entfacht hätten.

Wie belogen diese Schilderung der „Liberté“ ist, kann der Vertreter des Volksbureaus in Versailles persönlich bezeugen. Als er nämlich kurz vor 6 Uhr sich vom Hotel Gaiel ins Hotel des Reservoirs begab, wurde er bereits von mehreren Personen unflätig beschimpft. Er machte einen der Gehimpolizisten darauf aufmerksam. Der erklärte, es sei wohl nicht viel dagegen zu machen. Wenn auch der Zwischenfall durch die französische Regierung beigelegt ist, so verdient doch die Dehlpagne der chauvinistischen Presse niedriger gehängt zu werden.

Wählerarbeit der Entente in Oberschlesien.

Breslau, 18. Juni. Die „Neue Oberschlesische Volkszeitung“ in Katowice ist in der Lage, Dokumente über die Treibereien der Entente in Oberschlesien zu veröffentlichen. Sie beginnt mit einem Bericht des französischen Schriftstellers Maurice Barres. In diesem Bericht kann man zwei Punkte feststellen, erstens, daß es der Entente gar nicht um das Wohl Oberschlesiens zu tun ist, und zweitens, daß französisches und englisches Geld in großen Massen nach Oberschlesien geworfen worden ist. In dem Bericht finden wir folgende Stellen: Dr. Dillon vom „Daily Telegraph“ hat mir im Februar geschrieben, sie möchten ihm heute für die polnische Propaganda mit englischem Geld in Oberschlesien werden. Der Polenführer, mit dem ich auf der Redaktion der „Berliner polnischen Zeitung“ eine mehrstündige Unterredung hatte, glaubt, daß es zu einer Abstimmung kommt, wenn sich Deutsche und Polen einmütig erheben hätten, und dann würde das englische Gold und die französische Propaganda von Barres ihre Wirkung getan haben.

Der Oberschlesier an und für sich ist ein nichtbeständiger Menschenhaufen und ist materialistisch veranlagt. Die Entente wird die Propaganda genau durchzuführen. Die Franzosen selbst unterstützen die polnische Bewegung in jeder Weise. Ein Beweis für die Arbeit des englischen Geldes in Oberschlesien ist folgende Stelle: Das Gold ging Ihnen zu. Für 1500 weitere Personen in Oppeln, Deuthen und Katowice schiden wir es durch Ch., und man sagt uns, daß es seine Wirkung tut. Je weniger wir mit einer etwaigen Volksabstimmung warten, um so sicherer sind wir, daß die Deutschen unter unserer Aufsicht weniger Stimmen erhalten. Machen Sie den Deutschen klar, daß wir den Oberschlesiern ihre Habe konfiszieren werden und die jungen Leute zu Arbeiten zwingen, indem wir sie nach Frankreich schaffen. Wir können nicht dulden, daß ein so großes Land wie Deutschland uns Widerstand leistet. Schreiben Sie S., der Justizrat Chapla schreiben wird. Ich schide ihm die nötigen Fonds. Dann heißt es weiter an anderer Stelle: Außerdem wird Charles, der mitkommt, das Nötige für die Streiks inszenieren. Unser Kollege Williams ist der Überzeugung, daß die Schleier sich an den Polen rächen wollen, aber sie werden es nicht können, weil wir die Unzufriedenen deportieren, ebenso wie wir es am Rhein machen, und jede Zeitung, die heute noch für Deutschland eintritt, wird von uns ausgeschlossen.“

Nochmals: Graudenz.

Die Parade vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal.

Zu den von uns mitgeteilten Ausschreitungen einer Freiwilligentruppe in Graudenz bringt die „Deutsche Tageszeitung“ einen längeren Artikel, in dem sie die monarchistische in eine „vaterländische“ Rundgebung umzulegen sucht. Sie erklärt unsere Darstellung für falsch, bringt dann aber selbst eine Schilderung, die sie als „authentische Darstellung von zussändiger Seite“ bezeichnet und die im wesentlichen mit der unseren übereinstimmt. Sie lautet:

Wir hingegen haben nichts, keinen neuen Ausdruck für unsere gewaltigen Umwälzungen; unsere Künstler schwelgen. Wenn spätere Gelehrter nach einem sichtbaren Niederschlag dieser Zeit greifen wollen, so taufen sie ins Leere. Wir sträuben und nicht dagegen, daß der erste Erwählte unseres Volkes, der Präsident Ebert, wenn er den Garten der Reichskanzlei betritt, an kronengeschmückten Adlern vorbeigeht, daß die Kaiserkrone noch immer die Reichstagskuppel abschattet, daß über dem Eingang zum Reichsarbeitsamt das Bronzerelief des früheren Kaisers hängt. Der Deutsche, der so gern seine Mängel beschuldigt, nennt dies Objektivität. Aber dieser Mangel an Ehrlichkeit vor dem Symbol ist etwas anderes. Es ist Gleichgültigkeit, die leicht zur Charakterlosigkeit werden kann.

Der Achtstundentag für Schüler.

Der Achtstundentag ist zwar im ganzen Deutschen Reich eingeführt worden; doch eine nicht unwichtige Arbeiterklasse, die dieser Beschränkung am nötigsten bedarf, hat man dabei vergessen. Es sind unsere Schüler, von denen so manche noch mehr als acht Stunden am Tage arbeiten müssen. Die offizielle Schulzeit umfaßt zwar nur fünf, höchstens sechs Stunden; aber damit haben ja die Kinder ihr Pensum noch nicht erledigt, sondern es kommt noch jene vielgestaltete und schwer festzusetzende Last hinzu, die in den häuslichen Aufgaben liegt. Gewiß müssen nicht alle Kinder außer der täglichen sechs Schulstunden noch mehr als zwei Stunden zu Hause arbeiten. Aber die Zahl derer, für die der Achtstundentag nicht gilt, ist doch nicht gering. In den höheren Klassen häuft sich der Arbeitsstoff, der außerhalb der Schule bewältigt werden muß, und einige Stunden vergehen schnell, wenn man einen Aufsatz zu schreiben hat oder sich über irgendeinem mathematischen Problem den Kopf zerbrechen muß. Zudem ist die Begabung ja außerordentlich ungleich verteilt; nicht jeder hat das gute Gedächtnis und die leichte Auffassungsgabe, die für die Erledigung der Schularbeiten so notwendig sind, und die Folge davon ist, daß Jungen und Mädchen bis in die Nacht hinein „büffeln“ müssen.

In Frankreich hat man sich dieser Proze bereits in der Offenlichkeit angenommen. Die Augen der Kinder, daß sie es schlechter haben als ihre Eltern, wurden in den Zeitungen behandelt, und die Lehrer der höheren Schulen gaben aus unumwunden zu, daß drei Stunden Hausarbeit das Mindeste sei, was sie von ihren Schülern verlangen müßten. Nun ist es gewiß recht schwierig, die täglichen Hausaufgaben so festzusetzen, daß auch der am wenigsten begabte Schüler damit in zwei Stunden fertig werden kann. Es soll aber von den französischen Schulbehörden gefordert werden, daß sie darauf dringen, daß auch in der Schule der Achtstundentag nach Möglichkeit eingehalten wird.

Die häuslichen Arbeiten sind seit langem ein Gegenstand des Streites und der Anklagen. Schon seit Jahren spielen sie in dem Kampf gegen die alte Schule, der besonders von der modernen Dichtung so eindringlich geführt wurde, eine große Rolle. Jedenfalls können aber die Schüler verlangen, daß sie mit dem gleichen Maß gemessen werden wie ihre Eltern, und daß auch sie die Segnungen des Achtstundentages erfahren.

Am 7. Juni marschierten Grenzschutztruppen von Graudenz nach Gornitz. Beim Ausmarsch fand der bei solchen Gelegenheiten dienlich übliche Vorbeimarsch vor dem Bataillonskommandeur statt. Während dieses Vorbeimarsches hielt das Panzerauto des Bataillons am Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Die Leute des Panzerautos nahmen die um das Auto gewundene Girlande und die Fahnen ab und bekneten damit das Denkmal. Also ein menschlich schöner Akt pietätvoller Verehrung eines Toten. Die Leute, die heute die Grenzen des Reiches freiwillig verteidigen, gedachten wehmütig seines ruhmvollen Gründers. Seinen Gefühlen der Verehrung stummten sie Ausdruck zu geben, kann keinem freien Bürger verwehrt sein. Es ist weder ein Hoch ausgebracht, noch eine Rede gehalten worden. Die Bevölkerung überschüttete die Truppe, teilweise vor Nahrung meinend (!), förmlich mit Blumen.

Sollte der Vorlaut dieser Darstellung wirklich von einer amtlichen Stelle und nicht von der „Deutschen Tageszeitung“ stammen, so wären wir sehr begierig zu erfahren, welche amtliche Stelle es ist, die eine so wertwürdige Auffassung von monarchistischen Demonstrationen befundet. Wir würden es alsdann für nötig halten, daß mit den Offizieren, die diese Demonstration veranlaßt haben, auch diese famose amtliche Stelle schleunigst von ihrem Platze entfernt würde.

Was hätte wohl die „Deutsche Tageszeitung“ vor dem 9. November dazu gesagt, wenn ein Trupperteil seinen sozialdemokratischen Gefühlen und der Verehrung für August Bebel durch ein Defilee mit roten Fahnen „stummen Ausdruck gegeben“ hätte? Wäre sie denn auch der Ansicht gewesen, daß derlei „keinem freien Bürger verwehrt werden dürfte“?

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ weiter behauptet, wir hätten uns mit unierer Meldung von Gerüchten über einen bevorstehenden reaktionären Putsch im Osten „einen Varen von anherzwohnlischen Dimensionen“ aufbinden lassen, so möge sich die „Deutsche Tageszeitung“ einmal bei ihrem Freunde, dem Geheimrat Kleinow, erkundigen, der dabei ist, zwei selbständige Ostrepubliken zu gründen. Schließlich aber haben wir gar nicht diese Meldung aufgebracht, sondern bekanntlich war es die „Deutsche Zeitung“, ein der „Deutschen Tageszeitung“ gefinnungsverwandtes Organ, die in einem Leitartikel ganz offen darauf hinwies, daß vom Ostich her, die Erhebung gegen die jetzige Regierung kommen würde.

Für die planlose Wirtschaft.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung hat eine Interpellation in der Frage der Planwirtschaft beschlossen, die von der deutschnationalen Fraktion mit eingebracht wird. Sie hat folgenden Wortlaut:

Das Reichswirtschaftsministerium hat eine Denkschrift angefertigt, die bezweckt, die Regierung zu veranlassen, die gebundene Wirtschaft unter staatlicher Aufsicht (Planwirtschaft) zu verewigen. Ohne reichsgesetzliche Grundlage sind zur Erreichung dieses Zieles von der Regierung bereits Zentralstellen eingerichtet worden, wie sie in der Denkschrift geplant sind.

Ist die Regierung bereit, darüber eine Erklärung abzugeben, ob sie die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums zu den ihrigen machen will?

Die Interpellation bedeutet den Kustakt zu dem Sturmlauf gegen die Bindung des Wirtschaftslbens, wie Wiffel sie im Gemeininteresse verhängt. Wenn sie das zur Folge hat, daß sich die Geister, die mit dem Sozialismus an der Neuordnung der Wirtschaft zusammen arbeiten wollen, von den monarchistischen Quertreibern trennt, so kann sie nur begrüßt werden!

Gewalttätigkeiten gegen Kapitän v. Müde. Wie verschiedene Blätter melden, kam es in Frankfurt a. M. am Mittwoch anlässlich eines von den Deutschnationalen veranstalteten Vortragsabends vor Tageslicht gegen den Vortragenden, den als Führer der Endon-Roscha bekannten Kapitän v. Müde. Dieser wurde so schwer angegriffen, daß er sich in polizeiliche Schutzhaft begeben mußte. — Ein Urteil über den Vorgang wird man erst fällen können, wenn man erfährt, durch welche Äußerungen Herr v. Müde diese Angriffe auf seine Person provoziert hat, wenn auch die Tatkraften auf jeden Fall zu mißbilligen sind.

K. Goering: „Der Erste“.

Die Münchener Kritik hat K. Goerings Schauspiel „Der Erste“, das an den Kammerspielen im Ganzen beifällig aufgenommen worden, nicht allzu glimpflich behandelt. Ich kann mir nicht helfen, ich finde Goering nicht schlechter sondern eher etwas besser als seine krampfzitternden Altersgenossen. Ich empfand den Autor als Dichter trotz der Strohheit der Vorgänge und trotz der Künstlichkeit des Problems. Keine, ausgeglichene Kunstwirkungen sind kaum zu verlangen von einer Generation, die nichts erlebt hat als Niedergang, Krieg, Revolution.

Dem Priester Antonio, einem größerlichen Natur, und Kraftbüchsen — in der Wirklichkeit so wenig fundiert wie das ganze Stück — fällt ein leidenschaftliches Weib zu, das er in einer Liebeshaft-Ergrasie erwirgt. Die Umstände nötigen den Anschein der Schuld auf den eferwichtigsten Nebenbuhler, den Antonio, eine Kraftprobe mit seinem Geistesveranbaltend, selber zum Tode bereitet und zum Galgen schleppt, um schließlich dort, gemartert von den Todesängsten seines Opfers, zu bekennen und zu sühnen. Reichliches Amoralisten-Problem, gelöst gegen Kiechle. Die Rückkehr des Uebermenschen in die Schranken stilkcher Gebundenheit bleibt im banal Deklamatorischen und ergibt einen abfahrenden Schluß, denn dem Antonio und mit ihm dem Stück fehlt die stilkche Idee, in deren Namen der Konflikt geschürt und gelöst werden müßte.

Vergessende Darstellung des Antonio hätte nachhelfen können, aber Herr Koberer blieb mit kräftigem Stimmenaufwand im Brütalen befangen. Solche Vinder dagegen demittelte die sargeig-heiße Paula restlos. Man soll nicht zu hoch und nicht zu gering denken von den symptomatischen Verjungen unserer Jünglinge, aus der zeitbedingten Benarrnung heraus wieder Wege zur Kunst zu finden.

Notizen.

— Volkshühne. Dem Volkstheater sind von nächster Spielzeit an verpflichtet: Marianne Bratt (Leistungstheater), Ferdinand Alper (Reinhardt-Bühnen), Otto Bernstein (Liberté-Theater Dresden), Josef Bunsch (Stadttheater Bielefeld), Eugen Eisenlohr (Schillertheater), Gerb Friede (Konstanztheater Dresden), Edgar Kitzsch (Kammerspiele, Hamburg), Fred Korholt (Trianontheater), Richard Leopold (Königlicher Hoftheater), Hans Otterhausen (Duisburger Schauspielhaus), Leo Victor (Reinhardt-Bühnen).

— Der Kampf um den Betriebesdirektor. Wie bereits gemeldet, wurde der Streik im Charlottenburger Opernhaus eingeleitet, nachdem der Betriebsdirektor Dr. Reumann-Hofer seinen Rücktritt erklärt hatte. Der Streik hatte sich ausschließlich gegen seine Person gerichtet. Alleiniger Direktor des Opernhauses ist jetzt der künstlerische Leiter Georg Hartmann.

— Vorträge. Treptow-Sternmarie: 24. Juni, 7 Uhr: „Vielheit der Welten“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Kochenfeld). 25. Juni, 7 1/2 Uhr: „Der Bau der Atome“ (Vortrag mit Lichtbildern und Experimenten von Dr. Viktor Bied).

Symbole.

Von Paul Gutmann.

Es scheint, als ob die sogenannte Bildung, in der wir bisher unser Kulturideal erbildet hatten, den Menschen Schenkklappen anlege. Der sich sein bisheriges gesundes Empfinden gereitet hat, dem ist es kein Anstöß mancher Dinge, als beläme er plötzlich aus dem Hinterhalt einen Schlag ins Genid. So empfand ich unlängst, als ich in meinem Wohnort Friedenau spazieren ging. Dort wurde vor kurzem ein neues Vokiam dem Verkehr übergeben. Es ist von einigen führenden Einzelheiten abgesehen, ein ganz erstrebliches Beispiel der neueren deutschen Bauweise, ein Monument im Vergleich zu den skandalösen Reichspostämtern, jenen gothifizierenden Ziegelbauten mit ihren Wappen und Emblemen, womit in den achtziger und neunziger Jahren die deutschen Städte verbeert worden sind. Aber was sehe ich? Habe ich mich geirrt? Stehe ich vor einem Kriegsministerium? Die Vorderfront des Gebäudes zeigt als einzige „Verzierung“, rechts und links über dem Eingang, je zwei Reliefs, die folgendes darstellen: Rohren, Lanzen, Kanonenrohre, Bajonette und darüber die preussische Widelbäude, eine Kusarenmäße usw. Ich bleibe wie erstarrt davor stehen und lese immer von neuem lofschüttelnd die Aufschrift in Goldbuchstaben: Vokiam. Was kann die Solidarität der Menschheit, ihre, aller Grenzen spottenden, gemeinsamen Ziele besser verinnbildlichen als die Post? Ist sie nicht ein Hort der Menschlichkeit, worin unsere brennendsten Wünsche münden, unsere Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung mit unseren Freunden und Verwandten dort draußen in der weiten Welt? Ist sie nicht recht eigentlich das Symbol des Friedens? Und da kommt jemand, der sich Architekt nennt, und pflanzt die Symbole des Hasses, der Trennung, der Aufhebung des Verkehrs unter den Menschen vor die Front des Hauses. Zu all den stilklichen Gremeln, die wir vor dem Krieg erlebt haben, den Brundensmälern, den Verlathebdalen, wohl eine der lächerlichsten Verzerrungen. Entstand der Entwurf hierzu in der Verblendung der Kriegszeit, schlimm genug; die Ausführung in der Gegenwart ist eine unentschuldbare Veranforderung.

Aber so ergeht es uns auf ästhetischem Gebiet seit langem. Die Menschheit, oder vielleicht müssen wir sagen, der Deutsche, ist gleichgültig geworden gegen etwas sehr Wichtiges: das Symbol. Schon Wieland spottet in seinen „Aderitten“ über diese geistliche Verlotterung. „Ihr Kathoden“, sagt er, „sah wie ein Wogozin aus, und unmittelbar vor dem Saale, wo die Angelegenheiten des Staats erwogen wurden, hatten alle Kräuter, Obst- und Tierweiber von Abbers ihre Niederlage. Gingenen rubte das Gymnasium, worin sich ihre Jugend im Ringen und Fächeln übte, auf einer dreifachen Säulenreihe. Der Festsaal war mit lauter Schildereien von Veratklagungen und mit Statuen in ruhigen oder tiefinnigen Stellungen ausgefüllt.“ Mit diesem Mangel an natürlichem Empfinden hängt es zusammen, daß wir keine neuen Symbole schaffen können. Unsere Revolution, wie arm ist sie hierin im Vergleich zur großen französischen. Wenn auch diese aus der Antike schöpfte, so war sie doch imstande, sich einen eigenen Stil zu

Prozess Ledebour.

Verteidigungsreden.

Von den Verteidigern des Angeklagten Ledebour nahm zuerst Rechtsanwalt Dr. Dersfeld das Wort: Meine Herren Geschworenen! Herr Georg Ledebour, der als Angeklagter vor Ihnen steht, ist eine nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt bekannte politische Persönlichkeit. Diesen Namen hat er erworben durch rastlose Arbeit für die politische und wirtschaftliche Freiheit. Dieser Prozess nimmt deshalb das lebhafteste Interesse der ganzen politischen Welt in Anspruch. Was ist

der hervorsteckende Zug im Wesen des Herrn Ledebour?

Das ist der Zug der Offenheit und Wahrheit, der auch hier in die Erscheinung getreten ist. Selten hat man wohl einen Angeklagten gesehen, der mit so rücksichtsloser Offenheit und Wahrheit, ohne sich selbst zu schonen, seine Absichten und Bestrebungen darzulegen, Wahrheit und Gerechtigkeit als die Grundlage seines Lebens. — Staatsanwalt Rumbold sagte gestern, die Politik höre an den Schranken des Gerichts auf. Dann aber hat er eine rein politische Rede gehalten. Er hat gesagt, Ledebour habe diesen Ruf gemacht und habe die Schuld an den Russen im ganzen Reich, und daran, daß der Kampf der Weister in einen Kampf mit Handgarnen ausartete. Der Staatsanwalt sagte auch, Herr Ledebour sei schuld an der Nordzentrale, er hat aber unterlassen, zu sagen, daß Herr Ledebour auch schuld sei an der Ermordung Herz Liebknechts, Rosa Luxemburgs und an dem auf ihr selbst gemachten Nordberuf. Herr Ledebour ist ein erbitterter Gegner des Militarismus, zu dessen Schwand die Nordzentrale geschaffen ist, und deshalb wird er verfolgt. Herr Ledebour ist ein Feind des Blutvergießens. Deshalb unterhandelte er, um den angekündigten Kampf ohne Blutvergießen zu beenden. Wissen im Laufe der Verhandlungen wurde er durch die Regierung verhöflet. So behandelt man Parlamentäre in Deutschland! Wenn in diesem Prozess etwas erwiefen ist, so ist es das, daß die Spartakuswoche im Januar nicht von Herrn Ledebour gemacht, sondern daß sie das Werk der Militärsarkantilla ist, die Deutschland auch jetzt wieder in einen blutigen Krieg führen möchte, nachdem sie es durch den verflochtenen Krieg ins Gland gebracht hat.

Es ist gefragt worden, ob nach der Revolution am 9. November

die alten Gesetze

welter gelten. Die Revolution hätte das alte Regime gestürzt. Die A. und S. M. A. und alle Träger der neuen Gewalt beruhen auf dem durch die Revolution geschaffenen neuen Recht. Man darf doch nicht glauben, daß die Revolution nichts weiter bezwecken sollte, als an die Stelle Wilhelms des Zweiten Friedrich den Einzigen, den Herrn Ebert, zu setzen. (Vorl.: Ich bitte, denartige ironische Bemerkungen zu unterlassen.) Die Revolution hat nicht nur die alte Staatsverfassung gestürzt, sondern auch die auf politische Verbrechen und Vergehen bezüglichen strafrechtlichen Bestimmungen. Die Vergebung von Beamten und Ministerposten durch die revolutionäre Gewalt war doch nichts anderes, als die Anwendung öffentlicher Gewalt im Sinne des Strafrechts. Agitation für die revolutionäre Bewegung unter den Soldaten, Gefangenenerziehung, alles das ist straflos geblieben, abgesehen von den alten Gesetzen strafbar gewesen wäre. Durch Anwendung solcher Mittel sind die gegenwärtigen Nachbarn zur Macht gekommen, sie müßten also mit demselben Recht wie Herr Ledebour unter Anklage gestellt werden. Der Staatsanwalt sagte: „Es gibt Revolutionäre, die liegen, und solche, die unterliegen. Die Einen haben die Macht, und die andern müssen sich ihnen fügen.“ Das ist richtig, aber es ist eine politische Erwägung, die nicht in den Gerichtsaal gehört. — Was hier verfolgt wird, das ist der Aufstand gegen die illegitime Macht, denn vor der Nationalversammlung gab es noch keine legitime Macht in Deutschland. Für solche politische Aktionen, wie sie hier unter Anklage steht, ist es — wie Herr Dittmann als Zeuge sagte — eine Infamie, eine Fehlleistung, daß sie überhaupt unter Anklage gestellt werden. Es ist Sache der Geschworenen, ob sie diese politische Infamie mit ihrem Spruch beden wollen.

Es ist und nicht gelungen, den Nachweis zu führen, wieviel

Spiegel

der Regierung bei der Vergebung der Zeitungen ihre Hand im Spiel hatten. So oft wir auf diese Quelle hinwiesen, fiel der eiserne Vorhang der juristischen Formalien, der uns alle Beweise nach dieser Richtung abschneidet. Die Minister Heine und Landberg wurden nicht geladen. Der Heuge Roland, der Auskunft über die Spitzeltätigkeit hätte geben können, kann nicht gefunden werden, ebenso der Deutscher Sachmann. Vom Zeugen Tiefenhausen sagte der Staatsanwalt, daß sei ein unstrittiger Zeuge, den er beiseite schiebe. Aber als es galt, Ledebour zu beschuldigen, daß er bei der Waffenverteilung im Marfall anwesend war, da holte der Staatsanwalt diesen beiseite geschobenen Zeugen wieder hervor. Diese Methode ist nicht zu billigen. — Der Verteidiger kritisiert die Aussagen des Zeugen Grafen Westarp und stellt ihnen die Aussagen der denselben belastenden Zeugen entgegen. Durch diese sei die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp vollkommen erschüttert, trotzdem habe der Staatsanwalt die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp als gar nicht in Frage stehend bezeichnet. Graf Westarp sei von der Staatsanwaltschaft anders behandelt worden, als „gewöhnliche“ Zeugen. Er sei mit der Zeugin Steinbring im Gefängnis konfrontiert worden, er habe vor seiner Vernehmung den Rat des Staatsanwalts eingeholt. Das passiere keinem „gewöhnlichen“ Zeugen. Graf Westarp war nicht zu bewegen, anzugeben, was für einen Dienst er jetzt tut oder was für ein Amt er bekleidet. Er ist — wie sicher angenommen werden kann — einer derjenigen, die gleich dem Leutnant Fischer diesen Prozess herbeigeführt haben.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse rechnet mit Unterzeichnung des Friedensvertrages und eröffnete daher in überwiegend fester Haltung. Am Montanmarkt waren Rohöl merklich höher, Schiffahrtaktionen, Kaffee- und Westropapier im allgemeinen wenig verändert. Ausländische Eisenbahnaktien waren angeboten. Verhältnismäßig fest waren auch Kolonialpapiere sowie Wertpapiere. Höher bewertet wurden jedoch heimische Anleihen. Kriegsanleihen erholten sich auf etwa 75% Prozent. Das Geschäft war außerordentlich ruhig.

Groß-Berlin

Krankenhaus oder Bethaus?

Ein Leser beschwert sich darüber, daß im Augustahospital die Pflegegeschwestern in den Krankenzimmern täglich zweimal einen Bibelvers vorlesen. Keiner der Kranken wird gefragt, ob ihm wohl und ob er überhaupt noch einer kirchlichen Gemeinschaft angehört. Der Beschwerdeführer möchte wissen, ob solche Zwangsandachten in allen Krankenhäusern üblich sind. Der Vorstand, täglich vor den Kranken ein Gebet zu sprechen, findet sich nur noch in den sogenannten Stiftskrankenhäusern, zu denen auch das Augustahospital gehört. An Sonn- und Feiertagen oder werden auch in Sälen öffentlicher Krankenhäuser noch Andachten veranstaltet, bei denen kein Kranker gefragt wird, ob ihm das recht ist. Die

Der Verteidiger wendet sich dann der rechtlichen Würdigung der einzelnen Anklagepunkte zu und führt unter anderem aus: Der alte

Räufelstörer beim Aufrühr

bestraft werden soll, der muß auch in der gewolltigen Menge dabei gewesen sein. Es genügt nicht, daß er — wie der Staatsanwalt sagte — der intellektuelle Urheber der Vergebung der Gebäude gewesen sein. — Es ist ja nachgewiesen, daß Herr Ledebour von der Vergebung des „Vorwärts“ erst erfuhr, als sie bereits vollzogen war, und daß er sie, als ihm die Nachricht von der Vergebung gebracht wurde, als unerhört bezeichnete. Die Vergebung des „Vorwärts“ ist ein Witz. Herr Ledebour ist — wie wir vom Zeugen Meier gehört haben — ein Gegner von Witzchen, von Terror und Antiparlamentarismus. An dieser Feststellung muß die Anklage scheitern, daß Herr Ledebour Räufelstörer bei dem Witzchen, der Vergebung des „Vorwärts“ gewesen sei. Auch nach der Vergebung des „Vorwärts“ hat Herr Ledebour nichts getan, was gegen seinen Grundfah der jeden Witzchen ablehnt, verfochten hätte. Wir haben von einem Zeugen gehört, daß Herr Ledebour am Nachmittage des 6. Januar eine Ansprache an die Matrosen im Marfall hielt, worin er vor Mutergrößen warnte. Das geschah zu der Zeit, wo die durch Fischer für die Regierung gewonnenen Matrosen die Revolution einschließlich des Revolutionärausschusses aus dem Marfall auszuweisen waren und die Waffenverteilung längst beendet war. In der folgenden Zeit hat sich Herr Ledebour dann für die Verlegung des Konflikts bemüht.

Waffenstillstandsbedingungen

wurden vorgelesen, aber von der Regierung abgelehnt, die dann auch den Eintritt in die weiteren Verhandlungen davon abhängig machte, daß die besetzten Reitzungen zuvor geräumt worden. Die Regierung wußte, daß diese Bedingungen unerfüllbar ist, weil es den Fischer nicht möglich sein konnte, die Arbeiter, die den „Vorwärts“ besetzt hatten, zur bedingungslosen Räumung derselben zu bewegen. Weil die Regierung dies wußte, so ist die Annahme begründet, daß die Regierung die blutige Spartakuswoche wollte, oder sie doch beabsichtigt weitergegriffen hat. Die Regierung stand unter dem Druck einer Militärarkantilla, die wie wir vom Zeugen Fischer gehört haben, die bedingungslose Räumung der besetzten Gebäude verlangte. Tzonglang hat sich Herr Ledebour bemüht, durch Verhandlungen dem Mißvernehmen ein Ende zu machen. Aber die Regierung wollte nicht verhandeln. Er hat die Verhandlungen, an denen Herr Ledebour beteiligt war, nach ihrer Verlesung bis zum nächsten Tage wieder aufzunehmen werden konnten, wurde Herr Ledebour verhaftet und den Soldaten übergeben, die ihn ermorden sollten. Er ist von Fischer in die Obhut seiner Wäcker gegeben worden, und das ist mit Wissen der Regierung geschehen, die nichts gegen die Mörder tat, oder die Anklage gegen Herrn Ledebour veranlaßte.

Wer den Aus der Gewaffneten nach dem Kriegsministerium veranlaßt hat, konnte nicht feststellen werden, oder daß Herr Ledebour dies Unternehmen nicht veranlaßt hat, das steht fest. Der

Aufruf des Revolutionärausschusses,

der bei dieser Gelegenheit überreicht wurde, war nur in wenigen Exemplaren hergestellt und nicht veröffentlicht. Erst durch den Minister Landberg ist das Schriftstück im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. (Vorl.: Das ist nicht festzustellen.) Veröffentlicht ist es nicht, aber die Annahme liegt nahe. Das Schriftstück ist zusammen mit einem Artikel veröffentlicht, der Stimmung gegen Ledebour machte, der sich in den Händen der Soldaten befand, die ihn ermorden sollten.

Meine Herren Geschworenen, ich vertraue auf Sie als Bürger der deutschen Republik, daß Sie Herrn Ledebour aus dem gegen ihn auferlegten Geißel der Bände befreien. Sprechen Sie ihn frei, geben Sie dem deutschen Volke einen Mann wieder, den es braucht. Sie verdienen sich dadurch den Dank des deutschen Volkes.

Rechtsanwalt Obuch führt unter anderem aus, die Anklage sei in allen ihren Teilen zusammengebrochen. Nichts sei davon übriggeblieben. Die Staatsanwaltschaft strebe auf dem Standpunkt, die Beweisaufnahme sei nicht ganz vergebens gewesen, sie habe ein objektives Bild der Januarnächte gegeben. Aber was in dieser Hinsicht hier durch einige Zeugen behauptet wurde, das ist jeder schon vorher gewußt. Wenn die Verteidigung darüber hinaus noch etwas Neues vorbringen wollte, sei sie daran verhindert worden. Es sei nicht gelungen, den Angeklagten Ledebour mit den Vorgängen in Verbindung zu bringen, die hier auf der Januarnacht vorgebracht wurden. Trotzdem wolle die Staatsanwaltschaft den Angeklagten für alles verantwortlich machen, was während der Nächte geschehen sei, auch für die

Mübereien und Pländerungen.

Das sei ebenso wenig gerechtfertigt, als man den General Ludendorff verantwortlich machen wollte für alle Ausschreitungen, die während des Weltkriegs begangen worden sind. Nur Handlungen, die der Angeklagte wirklich begangen habe, könnten dem Urteil zugrunde gelegt werden. Dem Angeklagten seien aber keine strafbaren Handlungen nachgewiesen. Der Verteidiger bespricht die Aussagen der hauptsächlichsten Zeugen und sagt, daß sie nichts gegen den Angeklagten ergeben hätten. Der Staatsanwalt habe gesagt, der Angeklagte Ledebour sei der beste Zeuge gegen sich selbst gewesen. Das könne sich doch nur darauf beziehen, daß Ledebour ausgesagt habe, Mitglied des Revolutionärausschusses gewesen zu sein. Von einer Teilnahme des Angeklagten an Handlungen des Aufrührs und Handfriedensbruchs sei weder etwas ausgesagt noch bewiesen. Von allem, was die Beweisaufnahme ergeben habe, bleibe nichts übrig, was den Angeklagten im juristischen Sinne für die Januarnächte verantwortlich machen könne.

Frommen schreien zwar über „Vergewaltigung“, wenn die Schule vom Religionsunterricht befreit werden soll. Doch Arane religiöse Andachten mitandern müssen, die sie als Belästigung empfinden, ist wohl keine Vergewaltigung?

Das „heilige“ Eigentum. Bei Claabow machte ein Ausflügler mit seiner 60jährigen Mutter eine Bootfahrt auf der Havel. Die alte Frau wurde von einem Unwohlsein befallen, so daß er sie schleunigst auf festes Land bringen wollte. Als er an einer Stelle in der Nähe darbietenden Landungsbrücke anlegte, trat ihm ein nur mit einem Bademantel bekleideter Herr entgegen, der in der Hand eine Peitsche und neben sich eine Qualbooge hatte. Er erklärte, daß er als Eigentümer des Grundstücks die Landung verbiete. Trotz Darlegung des Sachverhalts und trotz flehentlichem Bitten der alten Frau blieb er dabei: „Hier bin ich Herr und brauche mich von niemand stören zu lassen.“ Ein lieber Mitmensche, dieser Eigentümer!

Städtische Sungenöhne für Hilfskräfte. Ein Erlaß der Schulverwaltung bestimmt folgende Stundenbonotare: wissenschaftliche Hilfskräfte 1,50 M., technische Hilfskräfte 1,50 M., feste Monatsvergütung für wissenschaftliche Vertretungen 144 M., für technische Vertretungen 120 M., Monatsvergütung für wissenschaftliche Stellenvertreterinnen 175 M., für technische Stellenvertreterinnen 144 M., Jahresdiensteinkommen für Vertreter (Schulamtbedienstete), einwöchentlich angestellte und endgültig angestellte Lehrer mit weniger als 4 Dienstjahren 2400 M.

Die Forderungen der inaktiven Interoffiziere. Eine Abordnung der inaktiven Interoffiziere, welche nach Weimar entsandt war, wurde vom Reichswehrminister Roske empfangen. Da die zur Besprechung nötigen Unterlagen sich nicht in Weimar befanden, wurde der Ab-

ordnung der Bescheid, daß sofort nach Rückkehr des Reichswehrministers nach Berlin eine Besprechung mit dem Verbands inaktiver Interoffiziere unter Einziehung des Kriegsministeriums stattfinden solle. — Dienstag, 6 1/2 Uhr, in Rolands-Viele, Eisasser Str. 26, Sitzung: Wahl der Verbandsleitung. Vollständiges Erscheinen erforderlich. — Inaktive Interoffiziere werden ersucht, ihre Adresse zu senden an Offz.-Stellg., Stempel, Berlin NO. 18, Friedrichsberger Straße 1.

Sittlichkeitsleben organisiert Euch! Sendet Eure Adressen an Fritz Sommer, N. 39, Buchstr. 3, 105. 2 Tr.

Gesler im „Vaterländischen Hilfsdienst“, die in den besetzten Gebieten bis zu den künftigen Rückzügen im November 1918 patriotisch tätig waren, wollen zu einem Bund zusammenstreiten. Anmeldungen an Albert Weidemann, Berlin, Sauerstr. 7a. Persönliche Teilnahmeerklärungen im Restaurant „Neue Post“, Charlottenburg, Berliner Str. 107 (nahe Güte).

Vertrauensleute der Hilfsangehörten des Magistrats des Tempel, 20 Juni, vormittags 11 Uhr: Versammlung im Margareten-lyceum, Pfandstraße. Bericht des Zehnerauschusses. Stellungnahme zur Finanzierung der Arbeiterräte.

Sichtspiele „Neue Philharmonie“, Röhrenstr. 96/97, bringen vom 20.—26. Juni den großen Film „Quo vadis“ nach dem Roman von Sienkiewicz. Außerdem ein Lustspiel mit Ross und Bann.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pantow. Ab 19. Juni für die Woche vom 16. bis 23. Juni 125 G. amerikanische Schweinefleischprodukte für 1,35 M. gegen Einfuhrzolltarif (S 6) der abgetriebenen Fleischwaren.

Reinlebensmittel. Für Lebensmittelkriegsteilnehmer auf Abchnitt 1 ab 16. Juni 250 Gramm Gelb für 27 Pf., auf Abchnitt 2 ab 24. Juni 250 Gramm Gelb für 45 Pf. Karten werden in den nächsten Tagen den bezugsberechtigten Schwerverletzten zugesandt. Ausgabe der Nährmittel durch die amtlichen Verkaufsstellen.

Restlöse. An den nächsten Tagen treffen größere Sendungen Fleisch ein, die auf Grund der Kartofelkartenliste die Einwohner bei den Gemüsekiosken erhalten. Pro Kopf 1/2 bis 1 Pf., zu 2 M. pro Pfund.

Vegetarier. Verkauf von Lebensmitteln ohne Marken in der zweiten Verkaufsstelle der Gemeinde, Hauptstr. 43. — Sonntage Pflanzen zu 4,80 M. je Pfund. Streichhölzer in Paketen zu 10 Stücken, nur für Drogen gegen Ausland. Phospor-Tafel-Strich je Pfund 1,50 M. Tomaten in Gift je Pf. 50 Pf. Bland-Krautstrich zum Beschaffen von Tomaten, Tücher und Gemüse, zur Hälfte des auf den Dosen angegebenen Preises. Superfeinere Tafelstrich, sonst 0,60 M., jetzt 0,30 M. a 100 Gramm. Superfein, je Pfund 11 M., auch an Auswärtige. Verkauf ab Lagerplatz der Gemeinde bis 3 Uhr nachmittags.

Vegetarier. Die für nächste Woche bestimmten, auf Abchnitt 26—28 entfallenden 5 Pf. Kartoffeln müssen bis Sonnabend entnommen werden. 100 Gramm ausländische Schweinefleischprodukte. Diejenigen, die vorher keinen Speck erhalten und sich in ihrer Kioskerei zum nachträglichen Bezug angemeldet haben, 125 Gramm. Auf Rogermüllkarton 1, 11. III. beizugehen, möglichenfalls einmal je ein Liter Rogger- oder Pulvermilch.

Jugendveranstaltungen.

Säben. Heute 7 Uhr, im Jugendheim, Schule Bülowstraße, Vortrag: „Unser nächster Aufbruch“.

Vereine und Versammlungen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. S. a. G. Alliance Berlin 3. Mitgliederversammlung Sonnabend, 21. Juni, 8 Uhr, bei Hajzer, Reichsberger Str. 154. Rajzenbergt. Raum der Ortsverwaltung.

Berichtszeitung.

Ein gemeingefährlicher Schädling, der als „Naturheilkundiger“ eine Reihe von Todesopfern auf dem Gewissen hat, stand in dem 60jährigen Ernst Thiede aus Brandenburg a. H. vor den Potsdamer Geschworenen. In Brandenburg treten seit einiger Zeit auffallend viel Erkrankungen an Pestleiden und Abdominaltyphus mit Todeserfolg auf. Die Krankenhäuser erhielten Anzeige, aber trotz eifriger Nachforschung konnte man zunächst den Zusammenhang nicht ermitteln. Im März d. J. wurden Sinnen einer Woche vier junge Frauen bzw. Mädchen mit infektiöser Bauchfellentzündung in das hiesige Krankenhaus eingeliefert, die gleich darauf starben. In derselben Woche starb eine 17jährige Frau unter denselben Krankheitserscheinungen in ihrer Wohnung. Auf dem Sterbebett gekamden die Kranke, bei Th. gewesen zu sein. Für seine Behandlung habe er 5 bis 100 M. verlangt. In der Gerichtsverhandlung bekundeten die Ärzte den jammervollen Zustand der verstorbenen Frauen. Der Angeklagte war voll geschändet. Er wurde zu vier Jahren drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bankbeamten vor dem Schlichtungsausschuß.

Im Reichsarbeitsministerium in der Luisenstraße fanden am heutigen Donnerstagvormittag die Einigungsverhandlungen über den Reichstaxi für die deutschen Bankangestellten statt. Die Verhandlungen leitete Landesrichterrat Wulff. Bekanntlich waren die Verhandlungen zwischen den Bankleitungen und den Bankangestellten vor einigen Tagen nach fast achtwöchigen Beratungen über die Schaffung eines Reichstaxi ergebnislos abgebrochen worden. Einleitend legte Marx vom Allgemeinen Verband deutscher Bankbeamten die Lage im Bankgewerbe dar. Er schilderte die vorausgegangenen Verhandlungen mit den Bankleitungen, die trotz des Entgegenkommens der Angestellten zu keinem Resultat hätten führen können, da den Bankleitern der gute Wille zur Verständigung fehle. Als Beispiel führte Marx das Verhalten der Mitteldeutschen Kreditbank an, die schon bei den Verhandlungen im März hier im Reichsarbeitsministerium erklärt habe, daß sie nicht imstande sei, die Forderungen der Angestellten zu befriedigen, die aber jetzt trotz der bewilligten Forderungen ihrer Beamten weiter bestesse und dieselben hohen Dividenden ihren Aktionären gebe wie bisher. Demgegenüber sagte Direktor Rosler in langen Ausführungen dar, daß die Großbanken nur der Not gehorchend sich mit den Forderungen der Bankbeamten nicht einverstanden erklären könnten. Schon jetzt mache sich die Sozialisierung auf vielen Gebieten bei den Banken bemerkbar, die Schaffung halb- und ganzstaatlicher Bediensteten, die Giroinstitute seien sehr geeignet, die Banken einzunengen, und hierzu käme noch die Konkurrenz der ausländischen Banken. Es gehe nicht an, daß die Banken ihre Reserven angreifen, da diese für den Fall einer Unterbilanz zur Deckung verwendet werden müßten. Auch die Forderung der Angestellten, aus den sogenannten „Rillen“ Reserven Mittel zu entnehmen, sei nicht angebracht, da diese sogenannten „Rillen“ Reserven die Kreditfähigkeit eines Unternehmens, falls sie angegriffen werden, empfindlich schädigen. Die Bankleitungen könnten sich nicht dazu verstehen, eine tarifmäßige Regelung der Gehälter für Angestellte über 30 Jahre einzuführen, da dies das Alter sei, in dem ein Angestellter eine Kommode begründet und seine stellungswirtschaftliche Lebensweise aufstellt. Während des Vormittags erfolgte dann eine Besprechung dieses neuen Tarifes der Bankleitungen. Die Verhandlungen dauern fort.

Arbeitskollegen in den Gemischen Fabriken Groß-Berlins! Die Wäcker in sämtlichen Gemischen Fabriken sind infolge Nichtbewilligung ihrer gerechten Lohnforderung (pro Stunde 2,75 M.), welche in allen anderen Wäckerbetrieben bereits vom 1. April 1919 bezogen wird, nach mehrfachen Verhandlungen mit den Gemischen Industriebetrieben in den Zustand getreten. Arbeit darauf, daß in euren Betrieben keine Streikarbeit verrichtet wird. Die Streikleitung des Wäcker-Verbands.

